V-18 Abschiebestopp für Êzîd*innen, sofort!

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK behandelt werden

Noch immer werden nach Deutschland geflüchtete Êzîd*innen in die Regionen abgeschoben, aus denen sie vor einem grausamen Genozid geflohen sind, meistens in den Irak. Bis Ende Oktober 2023 wurden bundesweit schon 164 Êzîd*innen abgeschoben.

Vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag erst im Januar 2023 den durch den sogenannten "Islamischen Staat" im Jahr 2014 verübten Genozid an den Êzîd*innen anerkannt und die an ihnen ausgeübten Gewalttaten wie Vergewaltigung, Verschleppung, Versklavung und Ermordung aufs Schärfste verurteilt hat, ist diese Entwicklung katastrophal und verantwortungslos.

Die Bundesregierung hatte mit Verweis auf die Anerkennung des Genozids noch im März 2023 in einer Antwort auf eine kleine Anfrage erklärt: "Dieser Personengruppe ist es [...] nicht zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat zurückzukehren." Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen Berlin hat sich daran in den letzten Monaten nichts verändert, es bleibt weiterhin unzumutbar Êzîd*innen abzuschieben.

Vor diesen Hintergründen verurteilt Bündnis 90/Die Grünen Berlin die Abschiebungen aller Êzîd*innen und fordert die Berliner Landesregierung dazu auf, ihre Möglichkeiten als Land zu nutzen und einen landesweiten Abschiebestopp zu erlassen. Die Ministerin für Flucht in Nordrhein-Westfalen, Josefine Paul, hat bereits einen solchen Abschiebestopp für ezîdische Frauen und Kinder erlassen. Das begrüßen wir, fordern aber weitergehend in Berlin einen

Abschiebestopp für alle Êzîd*innen, unabhängig von Alter und geschlechtlicher Zuschreibung.

Ein Antrag der Berliner Linken im Abgeordnetenhaus hierzu wurde nach einer Plenarsitzung im März an den Innenausschuss überwiesen. Wir hoffen, dass dieser die Beratungen schnell beendet und der Abschiebestopp bald im Plenum bestätigt wird. Argumente der Regierungsfraktionen, dass gerade keine Abschiebungen von Êzîd*innen aus Berlin stattfinden würden und es deshalb keinen Abschiebestopp bräuchte, lassen wir nicht gelten. Es braucht die Gewissheit und Rechtssicherheit für Betroffene. Außerdem wäre ein landesweiter Abschiebestopp ein Zeichen in der bundespolitischen Debatte.

Den bereits abgeschobenen Menschen muss sofort die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht werden. Sie müssen bei der Rückkehr unterstützt werden, damit sie schnellstmöglich wieder in Sicherheit gelangen.

Klar bleibt aber: Langfristige Sicherheit kann es nur durch eine bundesweite Lösung geben, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser weiterhin verweigert. Es ist in ihrer Verantwortung, eine bundesweit einheitliche und rechtlich sichere Regelung zum Schutz der Êzîd*innen zu erarbeiten.

Damit bekräftigen wir noch einmal den Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im November, der dies bereits festgehalten hat. Auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat bereits Vorschläge für eine solche rechtssichere Lösung vorgelegt.

Dass auf dem letzten Bundesparteitag der SPD ein Antrag im Sinne der Sicherheit der Êzîd*innen abgelehnt wurde, bedauern wir sehr. Eine bundesweite Lösung ist aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen Berlin absolut notwendig. Deshalb fordern wir von unseren Berliner Amts- und Mandatsträger*innen sich gegenüber Nancy Faeser und der Bundesregierung dafür

stark zu machen. Auch den Berliner Senat fordern wir hierzu auf.

Die hierher geflohenen Êzîd*innen haben sich inzwischen ein Leben in Berlin und auch im Rest von Deutschland aufgebaut und sollten sich gerade nach den traumatischen Erfahrungen, die sie durchleben mussten, hier sicher fühlen können. Die ständige Angst vor einer Abschiebung führt zu Retraumatisierung und erschwert den Aufbau eines neuen Lebens enorm. Sie trotz des verübten Genozids und des damit einhergehenden kollektiven Traumas abzuschieben, widerspricht den Grundsätzen der Humanität.

Unterstützer*innen

Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)